

Zu Punkt der Tagesordnung

Antrag		0904/2012 öffentlich 29.11.2012
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 12.12.2012	Ausschuss für Schule und Sport	Ratsfrau Jürgensen, FDP-Ratsfraktion
<u>Betreff:</u> Mieteinnahmen der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)		

Antrag

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, der Forderung der Leiter/Geschäftsführer der RBZ nachzukommen und dafür zu sorgen, dass die Institutionen auch künftig ihre Mieteinnahmen einbehalten können. Dies ist durch eine verbindliche Vertragsgestaltung umzusetzen.

Begründung:

Die sieben Beruflichen Schulen Kiels wurden zum 01. Januar 2010 in drei Regionale Berufsbildungszentren in Form von Anstalten öffentlichen Rechts (AöR) umgewandelt und erzielen Einnahmen, indem sie beispielsweise Räumlichkeiten vermieten. Es ist im Wege einer verbindlichen Vertragsgestaltung dafür Sorge zu tragen, dass die RBZ ihre Mieteinnahmen auch zukünftig nicht dem städtischen Haushalt zuführen müssen.

Denn dies verhindert, dass eine gegebenenfalls entgegengesetzte Regelung die auf eigenen Wirtschafts- und Finanzplänen basierende AöR-Konzeption konterkariert und die finanzielle Freiheitsgrade der RBZ einschränkt. Wenn durch die Umsetzung dieses Antrags die entsprechende Forderung der RBZ-Leitungen erfüllt wird, werden zudem Spekulationen beendet, was den Einrichtungen mehr Planungssicherheit gibt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez. Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

f. d. R. Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer